



# Protokoll

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.289447 / 924/2018/00002

Datum:

5. September 2019

Für:

Mitglieder der beratenden Kommission / Cocosol  
sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

## Protokoll der 13. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 27. August 2019

<b>Vorsitz:</b>	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
<b>Mitglieder:</b>	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener (Nachmittag abwesend)
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Christian Raetz	Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
<b>Ex officio:</b>	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
<b>Protokoll:</b>	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM

## 1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Guido Fluri wird nur am Vormittag anwesend sein können.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 25. Juni 2019 wurde bereits auf dem Zirkularweg genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Der Präsident informiert unter dem Titel Mitteilungen, dass am 2. September 2019 der Schlussanlass der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der administrativen Versorgungen stattfinden werde, an welchem insbesondere der Schlussbericht mitsamt Empfehlungen der UEK präsentiert werde.

Für den 6. September 2019 hat der Präsident zudem in seiner zusätzlichen Funktion als Vertreter des Bundes in der Leitungsgruppe des NFP 76 für alle interessierten Verwaltungsstellen (z.B. Staatsarchive, Vertreter von verschiedenen Bundesämtern, etc.) ein Informations-treffen zum NFP 76 organisiert. Der Zeitpunkt hierfür erscheine geeignet, weil einerseits die Arbeiten der UEK nun unmittelbar vor ihren Abschluss stünden und andererseits weil das NFP nun in vollem Gang sei bzw. einige weitere Projekte des NFP 76 vor dem Start stehen würden.

Der Präsident weist im Weiteren auf einen Beitrag der Sendung „Kassensturz“ hin, der am Abend (27. September 2019) ausgestrahlt werde. Es gehe dabei um die Anrechnung des Solidaritätsbeitrages an das Vermögen bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen (EL). Personen, deren Vermögen aufgrund der Auszahlung des Solidaritätsbeitrages den Freibetrag von Fr. 37'500.— (Einzelpersonen) bzw. Fr. 60'000.— (Ehepaare) übersteigen, laufen Gefahr, dass ihnen die EL anteilmässig (d.h. für den Anteil, der den Freibetrag übersteigt) gekürzt werde. Auf diese Problematik sei jedoch bereits in der Botschaft zum Bundesgesetz über die Aufarbeitung von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (AFZFG) hingewiesen worden. Begründet wird dies mit der rechtlichen Gleichbehandlung mit der Genugtuung, die Opfern von anderen Straftaten insb. auf der Basis des Opferhilfegesetzes in bestimmten Fällen zugesprochen würde. Auch bei jenen Personen müssten die zuständigen Behörden aufgrund der gleichen Gesetzesnorm die ausgerichtete EL anteilmässig kürzen, falls die genannten Schwellenwerte überschritten würden. Bereits vor einem Jahr sei dazu schon einmal ein Bericht in der Zeitschrift „Beobachter“ veröffentlicht worden. Beim BJ hätten sich bisher nur sehr wenige Personen (weniger als zehn) in dieser Sache gemeldet. Die tatsächliche Zahl der betroffenen Personen dürfte trotzdem etwas höher sein. Aber es kann wohl davon ausgegangen werden, dass insgesamt wenige Personen betroffen sind und dass die finanziellen Konsequenzen für die meisten betroffenen Personen gering sein dürften. Wie viele es genau sind, ist allerdings unklar, denn das BJ erhebt bei den Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag keine Informationen zur finanziellen Situation der Gesuchsteller. Guido Fluri weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Kürzung der EL gerade von denjenigen Personen, welche heute davon betroffen seien, als überaus stossend empfunden werde. Sie verstünden dieses für sie widersprüchliche staatliche Handeln überhaupt nicht und die staatliche Geste der Wiedergutmachung verlöre für sie so ihren eigentlichen Wert. Er habe aber mitbekommen, dass es im Rahmen des damaligen Gesetzgebungsverfahrens notwendig gewesen sei, in diesem Punkt – trotz vorgängiger mehrfacher Bemühungen des BJ um eine Streichung des betreffenden Vorbehalts – am Ende nachzugeben und einen Kompromiss einzugehen.

Reto Brand informiert im Weiteren, dass die Motion Nr. 18.4295 von Beat Jans (betreffend die Verlängerung der Frist zur Einreichung von Gesuchen für einen Solidaritätsbeitrag) wahr-

scheinlich schon in der Herbstsession des Parlaments, d.h. im September 2019, zur Behandlung im Nationalrat traktandiert werde.<sup>1</sup> Die parlamentarische Initiative von Ständerat Raphael Conte (ebenfalls betreffend Verlängerung der Einreichfrist) werde voraussichtlich im Oktober 2019 in der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates und anschliessend im November 2019 in der Schwesterkommission (des Nationalrates) behandelt; das Ergebnis werde wohl als erster Gradmesser für eine etwaige politische Zustimmung zu diesem Anliegen dienen können.<sup>2</sup>

Urs Allemann-Cafilisch informiert, dass ein drittes Erzählbistro in französischer Sprache stattgefunden habe und dort die in Aussicht stehenden Empfehlungen der UEK ebenfalls ein Thema unter den Betroffenen gewesen seien. Am Nachmittag habe eine Diskussionsrunde stattgefunden, die Gelegenheit für das Besprechen von verschiedenen Fragen geboten habe (z.B. ob Gesuche für einen Solidaritätsbeitrag noch gestellt werden können? Sinn und Zweck eines Vorsorgeauftrages?). Ebenfalls sei ein Malatelier nach Horst Stern durchgeführt worden, wo insgesamt 20 grossartige Gemälde entstanden seien. Dieses Jahr sei noch ein weiteres Erzählbistro in Zürich geplant. Im Übrigen habe auch das Sommerfest in Mümliswil vom 30. Juni 2019 viele gute Begegnungen ermöglicht.

## **2. Diskussion von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung oder ein Nichteintreten vorsieht bzw. von Grenzfällen**

Der Präsident hält in Bezug auf die seit der letzten Sitzung versendeten Monatslisten mit vorgesehenen Gutheissungen und klaren Nichteintretensfällen fest, dass in Bezug auf die Juni- und Juli-Listen 2019 keine Einwände seitens der Kommissionsmitglieder eingetroffen seien.

Bei der letzten Kommissionssitzung gab es noch vier Gesuche, die nicht abschliessend behandelt werden konnten, weil noch Informationen beschafft bzw. Abklärungen getätigt werden mussten. Der Fachbereich FSZM informiert darüber, dass in 3 Fällen die Gesuche aufgrund der zwischenzeitlich getroffenen Zusatzabklärungen gutgeheissen werden konnten. Ein Fall wird an der heutigen Sitzung nochmals behandelt, woraufhin die Kommission nun empfiehlt, das Gesuch sei abzuweisen.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 31 weitere Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (23 Fälle) oder eine Abweisung mit teilweise Nichteintreten (1 Fall) vorsieht bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (7 Fälle) vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- 8 Gesuche gutzuheissen;
- 20 Gesuche abzuweisen;
- die Behandlung von 3 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

## **3. Stand der vom Fachbereich FSZM vorgeprüften bzw. von der beratenden Kommission behandelten Gesuche**

Der Präsident orientiert, dass bis zur letzten Sitzung vom 25. Juni 2019 von der beratenden Kommission insgesamt 6184 Gesuche geprüft worden seien.

---

<sup>1</sup> Weitere Informationen dazu unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20184295>

<sup>2</sup> Weitere Informationen dazu unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20190471>

Gestützt auf die entsprechenden Monatslisten Juni 2019 und Juli 2019 seien auf dem Zirkularweg insgesamt 964 weitere Gesuche, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsah, behandelt worden.

Hinzu würden 6 Fälle kommen, bei denen auf das Gesuch klarerweise nicht eingetreten werden könne, weil die geltend gemachten Massnahmen erst nach 1981 veranlasst und vollzogen worden seien bzw. offensichtlich keinerlei Massnahme im Sinne des Gesetzes vorlägen und somit das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) nicht anwendbar sei. Diese Fälle seien von der beratenden Kommission ebenfalls auf dem Zirkularweg geprüft worden (vgl. entsprechende Monatslisten Juni 2019 und Juli 2019).

Für die heutige Sitzung seien 31 Gesuche traktandiert worden (vgl. Ziff. 2).

Der aktuelle Stand der von der beratenden Kommission bis heute behandelten Gesuche betrage nunmehr total 7185 Gesuche.

Überdies seien bereits wieder über 350 weitere Gesuche auf der August-Liste, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsehe. Diese Liste werde anfangs September 2019 an die Kommissionsmitglieder zur Behandlung auf dem Zirkularweg versendet.

#### **4. Selbsthilfe-Projekte**

Gemäss Reto Brand seien bei den Selbsthilfe-Projekten in einzelnen Dossiers kleine Fortschritte zu verzeichnen; es gebe jedoch keine Neuigkeiten, die an der heutigen Sitzung erwähnt werden müssten.

#### **5. Verschiedenes**

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am Dienstag, 22. Oktober 2019, von 10 bis ca. 16.30 Uhr wiederum im BJ statt.

Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Er schliesst diese um 16.30 Uhr.



# Procès-verbal

Référence / Numéro de dossier : COO.2180.109.7.296839 / 924/2018/00002

---

Date : 5 septembre 2019  
Destinataires : Membres de la Cocosol et autres participants à la séance mentionnés ci-dessous

---

## Procès-verbal de la 13<sup>e</sup> séance de la commission consultative (Cocosol) du 27 août 2019

<b>Présidence :</b>	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien sous-directeur de l'OFJ
<b>Membres :</b>	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancienne membre du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée (absent l'après-midi)
	Lisa Yolanda Hilafu	Ancienne présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Christian Raetz	Chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Maria Luisa Zürcher	Ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
<b>Ex officio :</b>	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
<b>Procès-verbal :</b>	Simone Anrig	OFJ / unité MCFA

## 1. Accueil et informations générales

Le président ouvre la séance à 10 heures et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Guido Fluri ne pourra être présent que le matin.

Le procès-verbal de la séance de la commission 25 juin 2019 a déjà été approuvé par voie de circulaire.

Les documents de la séance ont été envoyés aux membres environ deux semaines plus tôt. Tous semblent les avoir reçus en temps voulu.

À titre de communication, le président informe la commission que la journée de clôture de la Commission indépendante d'experts (CIE) sur les internements administratifs a eu lieu le 2 septembre, et que son rapport final et ses recommandations ont été présentés à cette occasion.

De plus, en sa qualité de représentant de la Confédération au sein de la direction du PNR 76, le président a organisé pour le 6 septembre 2019 une séance d'information adressée à toutes les administrations intéressées (p. ex. archives d'État, représentants des offices fédéraux, etc.) par ce groupe de chercheurs. La date de cette séance semble opportune car, d'une part, les travaux de la CIE touchent à leur fin, et d'autre part le PNR 76 est désormais en marche avec quelques projets sur le point de débiter.

Le président évoque un reportage de l'émission « Kassensturz » qui sera diffusé le 27 septembre 2019 au soir. Il parle de la prise en compte de la contribution de solidarité dans le calcul des prestations complémentaires (PC). Les personnes dont la fortune dépasse 37 500 francs (personne seule) ou 60 000 francs (couples mariés) à la suite du versement de la contribution de solidarité risquent de voir le montant de leurs PC abaissé (c'est-à-dire pour la part qui dépasse la franchise de cotisation). La problématique avait déjà été abordée dans le message sur la loi sur les mesures de coercition à des fins d'assistance (LMCFA). Cette situation est justifiée par le principe de l'égalité de traitement avec les victimes d'autres infractions qui bénéficient également d'une réparation morale dans certains cas (en particulier au titre de la loi sur l'aide aux victimes d'infractions). Les autorités doivent également revoir à la baisse les PC pour ces personnes lorsque la franchise de cotisation est dépassée. Il y a un an, le journal *Beobachter* avait déjà publié un article sur ce sujet. À ce jour, très peu de personnes (moins de dix) ont déclaré à l'OFJ être dans cette situation, mais le nombre de personnes touchées pourrait être plus important. Il est toutefois fort probable que bien peu soient concernés et que les conséquences financières pour la plupart de ces personnes soient peu significatives. De plus, il est difficile de donner un chiffre exact, car l'OFJ ne demande aucune information sur la situation financière des demandeurs. À ce sujet, Guido Fluri indique qu'une réduction des PC heurterait sérieusement les personnes concernées. Elles ne comprendraient absolument pas cet acte en apparence contradictoire et le geste de l'État en perdrait son sens. Cependant, il comprend qu'au cours du processus législatif, il s'était avéré nécessaire de céder sur cette question et de trouver un compromis, malgré les efforts répétés de l'OFJ pour que cette réserve soit supprimée.

Reto Brand informe la commission que la motion 18.4295 de Beat Jans (au sujet de la prolongation du délai de dépôt des demandes de contributions de solidarité) sera probablement traitée au Conseil national durant la session d'automne du Parlement, donc en septembre 2019<sup>1</sup>. L'initiative parlementaire du conseiller aux États Raphaël Conte, qui porte sur la même question, devrait être traitée en octobre 2019 par la Commission des affaires juri-

---

<sup>1</sup> Plus d'informations sous <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20184295>

diques du Conseil des États, puis en novembre 2019 par la commission homologue du Conseil national<sup>2</sup>. Le résultat des travaux de la commission servira de point de départ à une éventuelle approbation politique de cette demande.

Urs Allemann-Caflisch mentionne qu'un troisième bistrot d'échange francophone a eu lieu, et que les participants ont parlé des recommandations de la CIE. L'après-midi a été consacré à d'autres questions (p. ex. possibilité de déposer maintenant une demande de contribution de solidarité, utilité d'un mandat pour cause d'inaptitude). Un atelier de peinture a également été organisé. Au total, 20 tableaux remarquables ont été créés. Un autre bistrot d'échange aura lieu à Zurich avant la fin de l'année. Enfin, la fête d'été de Mümliswil, le 30 juin 2019, a permis de belles rencontres.

## **2. Discussion des dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière et des cas limites**

Le président relève qu'aucun membre de la commission n'a opposé d'objection aux propositions de l'OFJ concernant les demandes à approuver et celles jugées irrecevables qui figurent sur les listes d'avril et de mai 2019, envoyées après la dernière séance.

Il reste quatre demandes inscrites à l'ordre du jour de séances précédentes qui n'ont pas encore été traitées définitivement parce qu'elles nécessitaient des informations ou des vérifications complémentaires. L'unité MCFA indique que trois d'entre elles ont pu être approuvées grâce aux informations supplémentaires fournies entre-temps par les demandeurs. Le dernier cas sera soumis aujourd'hui à la commission, qui recommande de rejeter la demande.

31 demandes ont été soumises à la commission aujourd'hui. L'unité MCFA prévoit un rejet dans 23 cas et un rejet avec non-entrée en matière partielle dans un cas, et soumet à la discussion 7 cas limites. Après une discussion approfondie, la commission émet la recommandation suivante :

- approbation de 8 demandes ;
- rejet de 20 demandes ;
- renvoi de 3 demandes en attendant des éclaircissements.

## **3. État des demandes pré-examinées par l'unité MCFA et traitées par la commission consultative**

Le président fait savoir que la commission consultative avait examiné 6184 demandes au 25 juin 2019, date de la dernière séance.

964 autres demandes considérées par l'unité MCFA comme méritant approbation et énumérées sur les listes de juin et de juillet 2019 ont depuis été traitées par voie de circulaire.

À ces chiffres s'ajoutent six demandes qui étaient clairement irrecevables parce que leurs auteurs invoquaient des mesures initiées et exécutées après 1981 ou ne faisaient pas valoir de mesures au sens de la LMCFA et que celle-ci n'était par conséquent pas applicable. Ces dossiers ont également été soumis à l'examen de la commission par voie de circulaire (voir les listes de juin et de juillet 2019).

31 demandes figurent à l'ordre du jour de la séance d'aujourd'hui (cf. ch. 2).

Le total des demandes traitées par la commission s'élève donc désormais à 7185.

---

<sup>2</sup> Plus d'informations sous <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190471>

Par ailleurs, plus de 350 demandes que l'unité MCFA propose d'accepter figurent déjà sur la liste d'août, qui sera envoyée aux membres de la commission début septembre pour traitement par voie de circulaire.

#### **4. Projets d'entraide**

D'après Reto Brand, les projets d'entraide ont légèrement progressé sur certains points ; il ne relève toutefois aucune nouveauté qui mérite d'être abordée aujourd'hui par la commission.

#### **5. Divers**

La prochaine séance de la commission consultative se tiendra mardi 22 octobre 2019, de 10 h à 16 h 30 environ, toujours à l'OFJ.

Le président remercie tous les membres de la commission pour leur participation active et leur collaboration constructive, et clôt la séance à 16 h 30.